

## Opposition gegen den Burgfrieden im Ersten Weltkrieg: 1914-1918

Der Weltkrieg kam für die europäische Arbeiterbewegung nicht völlig überraschend. Bereits mit dem Abgang Bismarcks im Jahre 1890 begann das sorgsam ausgeklügelte europäische Bündnissystem des Reichskanzlers zu bröckeln. Mit kunstvoller Diplomatie hatte Bismarck es seit der Reichsgründung 1871 vermocht, die außenpolitischen Widersprüche zwischen den etablierten Industrienationen England und Frankreich und dem rasant aufholenden jungen Deutschen Reich zu glätten. Stets suchte er den Ausgleich zwischen den Mächten, um eine Zerstörung seines Aufbauwerkes durch das britische, französische oder das russische Imperium zu verhindern.<sup>32</sup>

Der Zusammenbruch des Bismarckschen Systems wurde nicht allein verursacht durch die polternde, zuweilen recht undiplomatische Außenpolitik des jungen Kaiser Wilhelm II., der im Gegensatz zu seinem Vorgänger die Reichsgeschäfte im »persönlichen Regiment« selbst führte. Die Krise lag tiefer. Die Hauptursache war der Verfall des von England beherrschten Freihandelskapitalismus, der einer neuen Struktur von in sich abgeschlossenen, rivalisierenden Machtblöcken gewichen war.<sup>33</sup> Konkurrierten diese anfangs noch auf diplomatischem Wege und ohne Krieg um die Aufteilung der Welt, etwa bei der Berliner Konferenz 1884, so machten sich um die Jahrhundertwende zunehmende Spannungen breit. Die Marokkokrise 1905, der »Panthersprung nach Agadir«, die Unterstützung der österreichischen Annexionen im von Rußland beanspruchten Balkan sowie die Kontroverse um die Bagdadbahn waren Äußerungen eines konfrontationsbereiten deutschen Expansionismus, den die anderen imperialen Mächte in dieser Form kaum dulden konnten, ging er doch eindeutig zu Lasten ihrer Einflusssphären und Märkte.

Die europäische Arbeiterbewegung hatte diese Lage erkannt und stets erklärt, daß sie einen Weltkrieg nicht dulden würde. Bereits der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 war von den sozialdemokratischen Parteigründern Wilhelm Liebknecht und August Bebel vehe-

---

32 Zur Außenpolitik des Deutschen Kaiserreiches vgl. vor allem Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht, Frankfurt a. M. 1997, S. 74-12, S. 223-263 sowie Arthur Rosenberg: Die Entstehung der Weimarer Republik, Hamburg 1991, Kapitel I (Original unter dem Titel »Entstehung der deutschen Republik«, Berlin 1928).

33 Vgl. Giovanni Arrighi: The long twentieth Century: Money, Power and the Origins of our Times, London – New York 1994.

ment abgelehnt worden. Bebel, der die SPD bis zu seinem Tod 1913 führte, etablierte den Antikriegskurs als eine Konstante sozialdemokratischer Außenpolitik. Auch international setzte sich diese Linie durch. Der Baseler Kongreß der sozialistischen Internationale im Jahr 1912 war ein Fanal gegen den drohenden Krieg und für die Verbrüderung der proletarischen Klassen aller Länder. Noch im Juli 1914 veröffentlichte der »Vorwärts«, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, einen flammenden Leitartikel auf der Frontseite, endend mit dem Aufruf: »Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!«<sup>34</sup>

Dennoch kippten im August 1914 fast sämtliche sozialistischen Parteien Europas um und unterstützten den Kriegseintritt ihres Landes – jede einzelne mit der festen Überzeugung, einen Verteidigungskrieg zu führen. In Deutschland wurde die konstitutionelle Monarchie gegen die russische Autokratie verteidigt, in Frankreich dagegen die Republik gegen die deutsche Reaktion, allerorten das Vaterland gegen die Eroberer. Von den größeren Parteien verweigerten sich nur die britische Independent Labour Party und die italienischen Sozialisten dem Kriegskurs.<sup>35</sup> Es zeigte sich, daß hinter der glänzenden Friedensrhetorik der Arbeiterparteien keine wirkliche Verbindlichkeit gestanden hatte. Die Konferenzen hatten große symbolische Wirkung, trafen aber keinerlei konkrete Absprachen, was denn nun im Falle eines Krieges an Gegenmaßnahmen zu erfolgen hätte. Die Integrationsmechanismen der politischen und ökonomischen Systeme waren nicht nur völlig unterschätzt, sondern im Grunde gar nicht problematisiert worden. Die Stärke des eigenen Organisationsapparates, das gewerkschaftliche Zeitungswesen, die Unfallkassen, Rentenkassen und andere Unterstützungssysteme wurden zu Recht als soziale Errungenschaften angesehen. Jedoch war es gerade die Angst vor dem Verlust dieser Errungenschaften durch staatliche Eingriffe, die schon vor 1914 immer wieder disziplinierend gewirkt hatte.<sup>36</sup> Im Sommer 1914 zeigte sich dann, wie sehr die meisten Arbeiterparteien trotz vermeintlicher Systemopposi-

34 Vorwärts vom 25.7.1914.

35 Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M. 1965, S. 81 ff.

36 Vgl. Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht, S. 446 sowie Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik, 2. Neuauflage Berlin 1979, S. 94 (Wien 1924)., S. 72-77. Im folgenden zitiert als Richard Müller: Kaiserreich; Band zwei »Vom Kaiserreich zur Republik – Die Novemberrevolution«, Wien 1925, wird im folgenden zitiert als Richard Müller: Novemberrevolution. Band drei »Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin 1925, wird im folgenden zitiert als Richard Müller: Bürgerkrieg. Alle drei Bände zitiert nach Neuauflage Berlin 1979, Seitenzahlen der Neuauflage sind jedoch bei Band zwei und drei unverändert zum Original.

tion bereits in das politische und ökonomische System ihrer jeweiligen Nation integriert waren. Der Krieg und das offene Umschwenken der meisten Partei- und Gewerkschaftsführer brachten dies nun auch auf ideologischer Ebene zutage – die Politik des Klassenkampfes wurde umgedeutet in eine Politik zugunsten eines imaginären allgemeinen Volkswohls. In der historischen Rückschau lassen sich solche Tendenzen bis in die neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen, für die Zeitgenossen bedeuteten sie jedoch einen Schock, der viele völlig unvorbereitet traf.

In Deutschland billigte die Sozialdemokratie am 4. August 1914 im Reichstag die Kriegskredite. Bei der Abstimmung gab es keine Gegenstimmen, auch Karl Liebknecht beugte sich der Fraktionsdisziplin. Der zweite Vorsitzende der SPD und entschiedene Kriegsgegner Hugo Haase ließ sich von der Partei sogar in die Rolle des Sprechers der neuen Politik drängen. Er verlas im Reichstag eine patriotische Erklärung zur Rechtfertigung der Kredite. Es rächte sich nun, daß auch und gerade die Linken in innerparteilichen Auseinandersetzungen immer die bedingungslose Einheit der Organisation beschworen hatten.<sup>37</sup> Selbst der gestandene Mehrheitssozialdemokrat und damalige Kriegsbefürworter Philipp Scheidemann reflektierte gegen Ende seines Lebens, von den Nazis ins Exil getrieben, kritisch diese Vorgänge: »Diese absolute Disziplin der SPD als heiligstes Parteisakrament gefeiert, ist uns heute fast unverständlich. Der Organisation der Partei, die immer mehr Selbstzweck wurde, anstatt Mittel zum Zweck zu bleiben, hat diese unerhörte Disziplin viel genutzt, politisch ist sie vielleicht gerade an dieser Disziplin mit zugrunde gegangen.«<sup>38</sup>

Bereits am 1. und 2. August hatten die Führer der freien Gewerkschaften auf einer Vorständekonferenz die Grundlage für die Zustimmung zum Krieg gelegt, indem sie nach vorherigen Verhandlungen mit dem Reichsamt des Innern beschlossen, alle laufenden Streiks abubrechen und für die Dauer des bevorstehenden Krieges keine neuen Arbeitskämpfe anzufangen. Damit war die Politik des »Burgfriedens« geboren, die deutsche Arbeiterbewegung hatte sich den »nationalen Interessen« des Kaiserreiches untergeordnet.<sup>39</sup>

---

37 Vgl. Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S. 237 f.

38 Philipp Scheidemann: Das historische Versagen der SPD. Schriften aus dem Exil, herausgegeben von Frank Reitzle, Lüneburg 2002, S. 92.

39 Hans Limmer: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, 11. Auflage München 1986, S. 41; Richard Müller: Kaiserreich, S. 75.

Allerdings gab es schon bald Opposition. Karl Liebknecht verweigerte sich bei der zweiten Abstimmung am 2. Dezember 1914 als einziger Abgeordneter, stimmte im Reichstag gegen neue Kriegskredite und wurde so schlagartig zu einer Ikone des Widerstandes.<sup>40</sup> Im Laufe der Zeit schlossen sich weitere Parlamentarier an und es bildeten sich zwei Oppositionsströmungen – eine gemäßigte um Hugo Haase und Georg Ledebour, eine radikalere um Liebknecht und Rosa Luxemburg.<sup>41</sup> Auch ein Teil der Redaktion des Vorwärts, insbesondere der Redakteur Ernst Däumig, trug die Kriegspolitik der Parteispitzen nicht mit und übte mehr oder weniger unverhohlene Kritik am Kurs der Partei.<sup>42</sup> Dies erregte schon bald Anstoß, es kam zu einem offenen Konflikt zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften als Vertretung der freien Gewerkschaften und der Redaktion.<sup>43</sup> Dies war ein weiteres öffentliches Signal für all jene Arbeiter, die der plötzlichen Einheit mit dem Klassenfeind nicht trauten und politische Orientierung suchten.

Nicht nur in der Partei, auch in den Gewerkschaften regte sich Widerstand. Teile der Basis widersetzten sich von Anfang an dem neuen Kurs. In seiner Eigenschaft als Branchenleiter der Berliner Dreher erklärte Richard Müller bereits in der ersten Sitzung der Berliner Ortsverwaltung des DMV nach Kriegsbeginn, daß die Berliner Dreher den Burgfrieden nicht mittragen würden.<sup>44</sup>

Die zentrale Stellung der Dreher im Produktionsprozeß ermöglichte ihnen einen solchen Widerstand in einer Zeit, als die Mehrheit sich dem Burgfrieden noch fügte.<sup>45</sup> Müller selbst skizziert die Rolle der Berliner

---

40 Ebenso verweigerte sich der Reichstagsabgeordnete Fritz Kunert aus Halle den Kriegskrediten, allerdings durch einen eher passiven Widerstand. Friedel Gräf, ebenfalls in der Antikriegsopposition aktiv, berichtet in ihren Erinnerungen, der Genosse Kunert sei »gar nicht in die Sitzung gegangen, sondern hat sich im Reichstag die ganze Zeit auf dem Klosett herumgedrückt«. BArch SAPMO, SG Y 30/0297, S. 30. Zu Karl Liebknecht vgl. Annelies Laschitza: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007.

41 Zur Wechselwirkung beider Strömungen vgl. Ottokar Luban: Die Rolle der Spartakusgruppe bei der Entstehung und Entwicklung der USPD Januar 1916 bis März 1919, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft II 2008, S. 69-75.

42 Zur Biographie Däumigs vgl. David W. Morgan: Ernst Däumig and the German Revolution of 1918, in: Central European History, 1983 Vol. XV, No. 4, S. 303-331 sowie Horst Naumann, Ein treuer Vorkämpfer des Proletariats. Ernst Däumig, in: BzG (Berlin), Nr. 28 (1986), H.6, S. 801-813.

43 Die Generalkommission der Gewerkschaften war von 1890 bis 1919 das zentrale Leitungsgremium der sozialistischen freien Gewerkschaftsbewegung. Jeder Einzelverband delegierte Abgeordnete in die Generalkommission, die für die gemeinsame politische Linie verantwortlich war. Die Generalkommission wurde 1919 durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) ersetzt.

44 Richard Müller: Kaiserreich, S. 94.

Dreher wie folgt: »Die Dreher waren eine organisatorisch festgefügte, für die Produktion ausschlaggebende Gruppe. Sie stellten gewissermaßen das Herz des industriellen Großbetriebes dar. Sie wurden von den Unternehmern am besten entlohnt und arbeiteten auch sonst unter günstigeren Verhältnissen als andere Branchen. Diese Gruppe lehnte sich überall gegen die Kriegsmaßnahmen der Unternehmer auf, stellte Lohnforderungen und setzte sie durch [...] Die Dreher wahrten aber nicht nur ihre Interessen, sie unterstützten auch andere schwächere Gruppen, besonders die Arbeiterinnen, bei Differenzen mit den Unternehmern.«<sup>46</sup>

Ein Bericht der Agitationskommission der Dreher sprach den Sachverhalt noch klarer aus: »Die Dreherei stillgelegt, hat die Stilllegung der ganzen Produktion unmittelbar zur Folge.«<sup>47</sup> Richard Müller war jedoch selbst nicht ganz wohl mit dem völlig ungewohnten Bruch innerhalb des DMV. Auch zehn Jahre später betonte er in seinem Werk »Vom Kaiserreich zur Republik« die Gefahr von Spaltungstendenzen durch die »Lockerung der Disziplin« innerhalb der Organisation.<sup>48</sup> Trotz seiner scharfen Opposition gegen die Politik der Gewerkschaftsführung blieb Müller seine ganze politische Laufbahn hindurch ein Gegner jeder Spaltung der Gewerkschaftsbewegung und plädierte für den politischen Kampf innerhalb der Organisationen. Auch ein kurzes Intermezzo in der Linksgewerkschaft »Deutscher Industrie-Verband« um 1928 konnte nichts daran ändern, daß ein Kurswechsel der großen Gewerkschaften für ihn die notwendige Vorbedingung einer sozialen Revolution darstellte. Seine Identifikation mit der Gewerkschaftsbewe-

45 Es ist umstritten, ob und in welchem Ausmaß die Basis der SPD von der Kriegsbegeisterung erfaßt wurde. Abendroth bejaht dies und führt es auf die obrigkeitstaatliche Erziehung zurück, Arno Klönne macht einen seit den 1890er Jahren vorhandenen »deutsch-sozialdemokratischen Patriotismus« für die vermeintliche Kriegsbegeisterung verantwortlich. Richard Müller bemerkt im Gegensatz dazu, daß keine nationalistische Euphorie herrschte, sondern die »Masse der Arbeiter und Angestellten« sich gegenüber der Kriegsbegeisterung »sehr reserviert« verhielt. Erwin Winkler stimmt in seiner Dissertation zur Gruppe der Obleute diesem Urteil zu. Vgl. Wolfgang Abendroth: Einführung, S. 145, Arno Klönne: Die Deutsche Arbeiterbewegung, aktualisierte Auflage München 1989, S. 138; Richard Müller: Kaiserreich, S. 70. Erwin Winkler: Die Bewegung der Berliner revolutionären Obleute im Ersten Weltkrieg, Dissertation bei der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1964, S. 97 ff.

46 Richard Müller: Kaiserreich, S. 94. Aufgrund der massiven Einziehung von Arbeitern an die Front vermehrte sich die Anzahl der Arbeiterinnen in den Fabriken nach Kriegsausbruch enorm. Zur Rolle der Dreher im Produktionsprozeß vgl. auch Dirk H. Müller: Versammlungsdemokratie, S. 288-290.

47 Richard Müller: Bericht der Agitationskommission der Dreher 1914/15, S. 61.

48 Richard Müller: Kaiserreich, S. 94.

gung war stets stärker als die Identifikation mit den politischen Parteien, in denen er aktiv war.

Dennoch scheute er sich nicht, ab 1914 durch die Verweigerung gegenüber dem Burgfrieden und der Auslösung von »wilden« Streiks heftige Auseinandersetzungen mit der Berliner Ortsverwaltung des DMV zu provozieren. Die Streiks beschränkten sich jedoch zunächst auf Lohnforderungen und waren noch nicht auf eine generelle Sabotage der Kriegsmaschinerie ausgerichtet. Allerdings, so formulierte es später der Obmann Paul Blumenthal, »unter den Bedingungen des Belagerungszustandes und des Burgfriedens wurde jede Lohnbewegung zur politischen Aktion.«<sup>49</sup> Unternehmen konnte die DMV-Ortsverwaltung kaum etwas gegen die Streiks. Schließlich, so berichtet Müller, »war die Ortsverwaltung zufrieden, wenn sie wenigstens von den Vorgängen in den Betrieben Kenntnis erhielt«.<sup>50</sup> Im Kontext der kollektiven Weigerung der Dreher erscheint seine Oppositionspolitik weniger als die Gewissensentscheidung eines einzelnen wie etwa im Falle Liebknechts oder Däumigs. Nur direkte Unterstützung durch die Basis in den Betrieben ermöglichte Richard Müller seinen Kurs. Müller weist daher den zwei vorhandenen Oppositionsgruppen im Reichstag zwar eine wichtige symbolische Bedeutung zu – aber als Signalgeber für konkrete Aktionen oder Streiks konnten sie nicht dienen, beiden fehlte trotz ihres bedeutenden ideologisch-politischen Einflusses letztlich der direkte Kontakt zur Basis.<sup>51</sup>

Diese organisierte sich unterdessen selbst, und die Gewerkschaftsspitze mußte zusehen. In den Kriegsjahren wurde, ausgehend von Richard Müller und den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten der Dreher, ein immer dichteres oppositionelles Netzwerk in den Berliner Großbetrieben geschaffen, welches 1918 den Namen »Revolutionäre Obleute« annahm und seit 1917 auch reichsweite Kontakte knüpfte.<sup>52</sup> Richard Müller selbst war damals in den AEG Turbinenwerken in Berlin Moabit tätig und hatte engen Kontakt zu den Nachbarbetrieben »Ludwig Loewe AG« und »Deutsche Waffen und Munitionsfabrik« (DWM) in Charlottenburg.<sup>53</sup>

49 Berlin 1917-1918 – Parteiveteranen berichten über die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Berliner Arbeiterbewegung, Bezirksleitung der SED Groß-Berlin, Berlin 1957, S. 31.

50 Richard Müller: Kaiserreich, S. 94.

51 Richard Müller: Kaiserreich, S. 97. Über die inhaltlichen Differenzen zwischen Spartakus und der »Arbeitsgemeinschaft« Haase-Ledebour vgl. Richard Müller: Kaiserreich, S. 109-112.

52 Paul Blumenthal berichtet, daß sich die eigentliche »Körperschaft der Revolutionären Obleute« im Anschluß an den 1. Mai 1916 bildete, Vgl. Berlin 1917-1918 – Parteiveteranen berichten, S. 31. Vgl. auch Richard Müller: Kaiserreich, S. 97.

Ausgangspunkt der gezielten Vernetzung oppositioneller Arbeiter war die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung über die sich stetig verschlechternde Ernährungslage, die dem nationalen Rummel von 1914 sehr schnell einen Dämpfer versetzte. Nicht nur unter den Berliner Drehern sondern auch anderswo kam es immer wieder zu Streiks, der Burgfrieden wurde in Frage gestellt, das Bedürfnis nach Protest und Artikulation stieg an.

Zwar ließen aufgrund der Einführung von »Kriegsausschüssen«, in denen Unternehmer, Gewerkschaftsführung und der Staat gemeinsam über soziale Fragen verhandelten, die Streiks zunächst nach. Die enorme Preissteigerung bei Lebensmitteln Mitte 1915 führte jedoch zu erneuten spontanen Arbeitsniederlegungen und einem Vertrauensverlust gegenüber den Ausschüssen.<sup>54</sup>

Angespornt durch diese Zeichen von Unzufriedenheit bauten die oppositionellen Gewerkschafter nun ihre Netzwerke aus. Dies war nur im geheimen möglich, da die offiziellen Gewerkschaftsversammlungen trotz des Burgfriedens von der Polizei bespitzelt wurden. Die Berliner Dreher nutzten daher Flurgespräche bei gewerkschaftlichen Versammlungen zur Kontaktaufnahme oder führten zu diesem Zweck eigene Branchen-Festveranstaltungen ein. Paul Blumenthal, seinerzeit Branchenleiter der Schweißer im DMV und ebenfalls Mitbegründer der Obleute, berichtete in seinen Erinnerungen: »Auf den Konferenzen wurden gewerkschaftliche Fragen behandelt. Aber bald hatten sich die oppositionellen Genossen erkannt und wir kamen dann anschließend noch beim Glase Bier zusammen. Wir bereicherten uns gegenseitig mit den gesammelten Erfahrungen und das war gewissermaßen der Ursprung der Revolutionären Obleute in Groß-Berlin!«. Unter dem Deckmantel von Stammtisch und Bierfest entstand so das Netzwerk der Revolutionären Obleute.<sup>55</sup>

Dadurch, daß ein Obmann<sup>56</sup> einen ganzen Betrieb oder ein ganzes Werk vertrat, in dessen Abteilungen und Werkstätten er wiederum eigene Vertrauensleute hatte, konnten die Obleute trotz ihrer relativ geringen Zahl von etwa 50-80 Mitgliedern Tausende von Arbeitern der

---

53 Erinnerungsbericht Paul Geisler, in: 1918 – Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 2. Auflage Berlin 1960, S. 582 ff. Die Gebäude eines weiteren DWM-Standortes am Eichborndamm in Berlin-Wittenau sind noch erhalten, hier befindet sich heute das Landesarchiv Berlin.

54 Erwin Winkler: Die Bewegung der Berliner revolutionären Obleute, S. 130 ff.; Richard Müller: Kaiserreich, S. 95.

55 Erinnerungsmappe Paul Eckert, BArch SAPMO, SG Y 30/0180, S. 5, Erinnerungsmappe Paul Blumenthal, BArch SAPMO, SG Y 30/0079, S. 10.

56 Es ist nur von der Position des »Obmannes« die Rede, denn Obfrauen gab es zunächst

Großbetriebe erreichen.<sup>57</sup> Jakob Walcher, der in dieser Zeit mit den Obleuten zusammenarbeitete, charakterisierte die Arbeitsweise der Gruppe wie folgt: »[...] beinahe jeder von denen, der in die Vereinigung der Revolutionären Obleute aufgenommen wurde, besaß seinerseits wieder das uneingeschränkte Vertrauen anderer gewerkschaftlicher Vertrauensleute seines Betriebes und sehr oft auch das von Funktionären seiner gewerkschaftlichen Branche [...]. So kam es, daß in Großbetrieben diese Spitzenfunktionäre oft auf Dutzende weiterer [...] Vertrauensleute Einfluß besaßen, und daß gegebenenfalls die Aktionsparolen der RO [...] viele hunderte betriebliche Vertrauensleute und über sie ganze Belegschaften erreichten und auch befolgt wurden.«<sup>58</sup>

Die Obleute waren durch diese Struktur im Gegensatz zu USPD und Spartakus »keine Massenorganisation, zu der jeder Zutritt hatte, sondern ein ausgewählter Kreis von Personen, die eine gewisse Schulung und Erfahrung im politischen und gewerkschaftlichen Tageskampf genossen hatten und im Betrieb unter den Arbeitern einen Einfluß haben mußten. Es war im wahren Sinne des Wortes ein ›Vortrupp des Proletariats‹.«<sup>59</sup> Diese Beschreibung der Gruppe aus der Feder Richard Müllers darf jedoch keinesfalls im Sinne eines autoritären Avantgarde-Konzepts mißverstanden werden: Die Obleute und Müller selbst weigerten sich stets, Aktionen gegen die Mehrheit der Arbeiterklasse durchzusetzen, sondern handelten erst, wenn sie diese hinter sich wußten. Das Vertrauensleutesystem, nach dem sich die Obleute organisierten, entsprang keiner Avantgarde-Theorie, sondern im Gegenteil der lokalistisch-syndikalistischen Tradition innerhalb der Berliner Metallarbeiterschaft. Die Berliner Metallarbeiter hatten sich in der Zeit des Sozialistengesetzes (1878-1890) hauptsächlich über nach Berufen gegliederte Vertrauensmännersysteme organisiert und sich erst 1897 dem DMV angeschlos-

---

nicht. Auch die Revolutionären Obleute waren, wie sämtliche Organisationen der Arbeiterbewegung, ein Männerclub – obwohl sie durch ihre Streiks auch viele Arbeiterinnen vertraten. Erstmals wurde jedoch im Januar 1918 mit Cläre Casper auch eine Arbeiterin in die Berliner Streikleitung gewählt und später gleichberechtigt in den Kreis der Revolutionären Obleute aufgenommen. Vgl. Erinnerungsmappe Cläre Casper, BArch SAPMO, SGY 30/0148, S. 4, S. 15. Im Umfeld der Obleute wirkte auch Louise Zietz als Kontaktperson zur Zentralleitung der USPD, vgl. Helga Grebing: Frauen in der deutschen Revolution 1918/1919, Heidelberg 1994.

57 Kleinbetriebe waren explizit nicht zugelassen, nur Großbetriebe über 1.000 Arbeiter durften Vertrauensleute in den Kreis der Obleute entsenden, vgl. Aussage von Heinrich Malzahn im Protokoll einer Sitzung der USPD-Arbeiterräte im Januar 1919 in Berlin, SAPMO-BArch, RY 19/II/143/2, S. 30.

58 »Die Vereinigung der Revolutionären Obleute«, Nachlaß Jacob Walcher, SAPMO-BArch, NY/4087/12.

59 Richard Müller: Kaiserreich, S. 161 f.

sen. Sie genossen daher innerhalb des Verbandes noch bis 1907 das Privileg lokaler Streikautonomie.<sup>60</sup> Bei Kriegsausbruch waren diese Strukturen bereits in den DMV integriert, dabei ausgeweitet und zum Teil professionalisiert worden – ein Prozeß, an dem Richard Müller durch seine Arbeit als Branchenleiter und in der Agitationskommission tragend mitgewirkt hatte.<sup>61</sup> Dies hatte eine Bündelung der Kräfte aller Metallarbeiter und Arbeiterinnen, eine Ausweitung der Anzahl der Vertrauensleute und damit eine Stärkung der Kampfkraft zur Folge. Es bedeutete jedoch ebenso eine Verlagerung der Initiative von der Basis an die hauptberuflichen Funktionäre der Ortsverwaltung. Dieser Prozeß wurde von der Mitgliedschaft zunächst akzeptiert, mit Kriegsbeginn jedoch zunehmend wieder in Frage gestellt.

Sprecher dieser Gegentendenz war Richard Müller, der sich neben dem Aufbau der Obleute als klandestine Parallelstruktur auch um eine Reform der offiziellen DMV-Gremien bemühte.<sup>62</sup> Im September 1915 beantragte er eine Statutenänderung, um den Branchen ein größeres Mitbestimmungsrecht bei der Zusammensetzung des Vorstandes der Ortsverwaltung einzuräumen. Seine Reformvorschläge zielten auf eine Verlagerung der Interessenvertretung aus den territorialen Bezirken in die Berufsgruppen und somit letztlich in die Betriebe, um eine höhere Beteiligung der Basis an den Verbandsangelegenheiten zu erreichen. Hintergrund war, daß in den Leitungen der Branchenorganisationen keine hauptamtlichen Verbandsfunktionäre saßen und sich dort die Antikriegsopposition sammelte.<sup>63</sup> Eine dreizehnköpfige Reformkommission tagte innerhalb von neun Monaten insgesamt siebzehnmals zu Müllers Vorschlägen – heraus kamen einige Modifikationen der verbandsinternen Informationswege, eine wirkliche Strukturreform fand nicht statt.<sup>64</sup>

Ob bei Annahme der Vorschläge eine ernsthafte Demokratisierung des Verbandes erfolgt wäre, ist allerdings zweifelhaft. Zwar hätten die Kriegsgegner an Boden gewonnen, aber letztlich bewegten sich Mül-

---

60 Dirk H. Müller: Versammlungsdemokratie, S. 198 ff.

61 Vgl. ebenda, S. 270 ff. zu den einzelnen Aufgaben und dem Alltag der Vertrauensleute innerhalb des DMV.

62 Revolutionäre Obleute waren zwar meist, aber nicht notwendig auch offizielle Vertrauensleute innerhalb des DMV Vertrauensmännersystems, vgl. Dirk H. Müller: Versammlungsdemokratie, S. 318.

63 Ebenda, S. 288. Auch in einem späteren Erinnerungsbericht wird angegeben, daß fast alle Branchenleiter im DMV auf seiten der Linken standen. Vgl. Protokoll einer Aussprache mit rev. Obleuten, LArch Berlin, C Rep 902-02-04, Nr. 199.

64 Ebenda, S. 278-284. Dirk H. Müller bezeichnet die Reformvorschläge als »organisatorischen Reflex« der Kontroverse über die Burgfriedenspolitik, Versammlungsdemokratie, S. 286.

lers Vorschläge vom September 1915 klar innerhalb der bürokratischen Verbandslogik und waren noch recht weit entfernt von seinen späteren rätedemokratischen Vorstellungen. Trotz Opposition gegen Krieg und Burgfrieden hatten Müller und sein Kreis im Jahr 1915 noch keine von der linken Sozialdemokratie grundsätzlich verschiedene Politikform oder Gesellschaftsutopie entwickelt. Sie opponierten zwar gegen Streikverbot und Burgfrieden, äußerten aber keine weitergehende Kritik an der bisherigen Politik von Gewerkschaften und SPD. Ein wirklicher Bruch mit diesen Formen stellte erst der Liebknechtstreik im Juni 1916 dar, und die Selbstbezeichnung »Revolutionäre Obleute« tauchte nicht vor 1918 auf.

Ein Beleg für die politische Unklarheit der Gruppe bis Mitte 1916 ist auch die Tatsache, daß sich Müller noch im April 1915 auf einer Branchenkonferenz der Dreher geweigert hatte, Gewerkschaftspolitik und Allgemeinpolitik zu vermischen oder auch nur die drängenden politischen Fragen zu diskutieren: »Was dort draußen vorgeht, wollen und dürfen wir nicht erörtern, das bleibt der Politik überlassen« äußerte er kategorisch.<sup>65</sup> Hier reproduzierte Richard Müller unreflektiert die damals übliche Arbeitsteilung zwischen den Gewerkschaften als ökonomischem und der Sozialdemokratie als politischem Arm der Arbeiterbewegung. Sein nach eigenen Angaben von Beginn des Krieges an ausgeübter Widerstand richtete sich also zunächst nur gegen den Burgfrieden und das Streikverbot – eine Tatsache, die er in seinen späteren Schriften unter den Tisch fallen ließ. Erst mit den Massenstreiks radikalisierten sich die Obleute und griffen nicht nur die Folgen des Krieges, sondern den Krieg an sich an.<sup>66</sup>

Müllers Vortrag auf der Branchenkonferenz 1915 ist abgedruckt in einer zweiten Broschüre über die Arbeit der Agitationskommission der Dreher, die ihre Arbeit in den Jahren 1914/1915 dokumentiert. Auffällig ist die absolute Dominanz gewerkschaftlich-tariflicher Themen, der Krieg wird nur aufgrund seiner Auswirkungen auf Konjunktur, Arbeitsorganisation und Lohnstruktur der Dreherbranche thematisiert. Zwischen den Zeilen wird deutlich, daß Müller nach neun Monaten Welt-

65 Bericht der Agitationskommission 1914/1915, S. 33.

66 Bemerkungen von Müllers Mitstreiter Emil Barth aus dem Jahr 1919 deuten in eine ähnliche Richtung, wobei diese Äußerungen allerdings im Zusammenhang mit dem Ende 1918 erfolgten Zerwürfnis der beiden zu sehen sind. Barth nennt Müller unpolitisch und reklamiert für sich, Müller erst von der Notwendigkeit der Streiks überzeugt zu haben. Emil Barth: *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, Berlin 1919, S. 13. Zur Position Müllers und der Obleute in den Jahren 1914/1915 vgl. auch Erwin Winkler: *Die Bewegung der Berliner revolutionären Obleute im Ersten Weltkrieg*, a. a. O., S. 104 ff.

krieg immer noch von einem vorübergehenden Zustand ausgeht. Im Hinblick auf Drohungen der Unternehmer schreibt er »Ich will diese Dinge hier nicht erörtern, sobald der gegenwärtige Ausnahmezustand beseitigt ist, sobald die Gedanken wieder volle Freiheit haben, komme ich darauf zurück«. Die strikte Beschränkung auf das Feld der Arbeitsbeziehungen ist also einerseits der Zensur geschuldet – andererseits scheint Müller immer noch zu hoffen, der Krieg werde in absehbarer Zeit wieder dem Normalzustand des Friedens weichen. Weitergehende politische Erwägungen stellt er daher zurück, oder macht sie zumindest nicht öffentlich. Gleichzeitig muß er feststellen: »Dieser Krieg hat vielen unserer Kollegen den Kopf verdreht, die klaren Gedanken umnebelt und Ansichten und Auffassungen aufkommen lassen, wie man es vorher nicht für möglich gehalten hat.« Auch habe der Krieg gezeigt, »daß die Wurzeln der modernen Arbeiterbewegung bei den Massen lose und locker lagen.«<sup>67</sup>

Während Richard Müller zehn Jahre später schrieb, die »Masse der Arbeiter und Angestellten« habe sich gegenüber der »aufgeputzten Kriegsstimmung« sehr reserviert, ja geradezu »angewidert« verhalten,<sup>68</sup> klingen in dieser Broschüre von 1915 doch einige Selbstzweifel durch. Zumindest eine Zeitlang war das Vertrauen in seine Gewerkschaftsgenossen ziemlich erschüttert.

Aber auch Müller selbst hatte sich 1915 noch nicht wirklich auf die neue Situation eingestellt. Im Mittelpunkt der Broschüre stand eben nicht der Widerstand gegen den Krieg. Statt dessen war es Müllers erstes Anliegen, das Vertrauensmännersystem intakt zu halten und den Kampf gegen die Tayloristische Umstrukturierung weiterzuführen. Ernsthaftige Sorgen machte er sich vor allem um die Überbesetzung der Branche nach der Kriegskonjunktur. Im Hinblick auf einen abzusehenden Arbeitskräfteüberschuß versuchte er, die angelernten Kollegen und Kolleginnen auf einen erneuten Arbeitsplatzwechsel einzustimmen – angesichts des eskalierenden Krieges eine ziemliche Verkennung der Situation.

Wenige Monate später kam es zu einer erneuten Konfrontation zwischen Obleuten und DMV-Leitung, in der Müller ebenfalls eine im Rückblick seltsam anmutende Unentschlossenheit an den Tag legte.

---

67 Richard Müller: Bericht der Agitationskommission 1914/1915, S. 10, S. 13 f.

68 Richard Müller: Kaiserreich, S. 70.

Im März 1916 stand auf der Generalversammlung des Berliner DMV die Wiederwahl des ersten Bevollmächtigten Adolf Cohen auf der Tagesordnung. Richard Müller erzwang gegen die übliche Sitzungsroutine eine inhaltliche Aussprache über die Kriegspolitik und das Streikverbot. Aufgrund der schwelenden Konflikte waren zwei weitere Versammlungstermine notwendig, um die Diskussionen zu führen. Am Ende stand ein eindeutiger Sieg Müllers, dessen Resolution gegen den Burgfrieden von der Versammlung angenommen wurde. Die Vertrauensleute wollten nun einen Schritt weitergehen, Adolf Cohen absetzen und Richard Müller den Vorsitz übertragen. Doch Müller lehnte ab und machte damit seinen vorhergehenden strategischen Erfolg zunichte. Er empfahl selbst die Wiederwahl Cohens, der jedoch nur mit einem Drittel der Stimmen bei zwei Drittel Enthaltungen wiedergewählt wurde.

Richard Müller bezeichnete die Entscheidung später als »schweren Fehler«, gab jedoch keine eindeutigen Gründe für seine Entscheidung an, sondern verwies nur auf absehbare »Konflikte mit der Militärbehörde«. <sup>69</sup> Denkbar ist, daß er mit dem Aufstieg in eine solche Führungsstellung sowohl die eigene Verhaftung als auch die Repressionen gegen die Gewerkschaftsorganisation insgesamt befürchtete. Nicht unwahrscheinlich ist auch, daß er zu diesem Zeitpunkt immer noch auf eine Kursänderung der Spitzen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften hoffte: In einem Artikel aus dem Juni 1919 berichtete Müller, er habe trotz der für ihn unbegreiflichen Politik der Arbeiterführer »immer angenommen, daß auch sie bestrebt sind, dem deutschen Volke, dem Proletariat zu helfen«. Erst nach der Revolution sei ihm dieses Vertrauen in die Gewerkschaftsführung endgültig verloren gegangen. <sup>70</sup> Müllers vorhergehende Äußerungen aus seinen Broschüren sprechen dafür, daß vor allem Unentschlossenheit und Unklarheit über die nächsten Schritte ihn zu seinem Rückzieher veranlaßten. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die Berliner Opposition noch bis in den November 1916 hinein in Resolution zwar das Streikverbot, nicht aber die Rüstungsproduktion an sich kritisierte. <sup>71</sup>

Entgegen Müllers eigener Darstellung muß zusammenfassend gesagt werden, daß es in Berlin zwar seit 1914 Streikbewegungen und eine Opposition gegen den Burgfrieden gab – zu einer wirklichen Antikriegsbewegung wurden Obleute und Gewerkschaftsopposition je-

---

69 Richard Müller: Kaiserreich, S. 91 f.

70 Richard Müller: »Tua res agitur«, in: Die Republik vom 6. Juni 1919.

71 Dirk H. Müller: Versammlungsdemokratie, S. 305 f.

doch erst im Laufe des Jahres 1916, zu einer revolutionären Organisation erst ein weiteres Jahr später.

Das Ergebnis der Generalversammlung vom März 1916 beschäftigte die Opposition noch sehr lange. Das Militär nutzte Müllers Zurückweichen und verhinderte in Kooperation mit Cohen Neuwahlen innerhalb des Berliner DMV bis Kriegsende.<sup>72</sup> Die Organisation des Widerstandes mußte also weiterhin in Parallelstrukturen stattfinden. Diese legten jedoch schon wenige Monate später ihre Unentschlossenheit ab und stellten mit ihren Aktionen die offiziellen Gewerkschaftsorgane völlig ins Abseits.

---

<sup>72</sup> Dirk H. Müller: Versammlungsdemokratie, S. 304 f., Richard Müller: Kaiserreich, S. 126 f. Im September 1917 protestierten sämtliche DMV Bezirkskonferenzen gegen das immer offensichtlichere Zusammenspiel von Militärbehörde und DMV-Ortsverwaltung und forderten letztere auf, »sofort ihre Posten zu verlassen«. Der Protest blieb unbeachtet. Vgl Erwin Winkler: Die Bewegung der Berliner Revolutionären Obleute, S. 400.